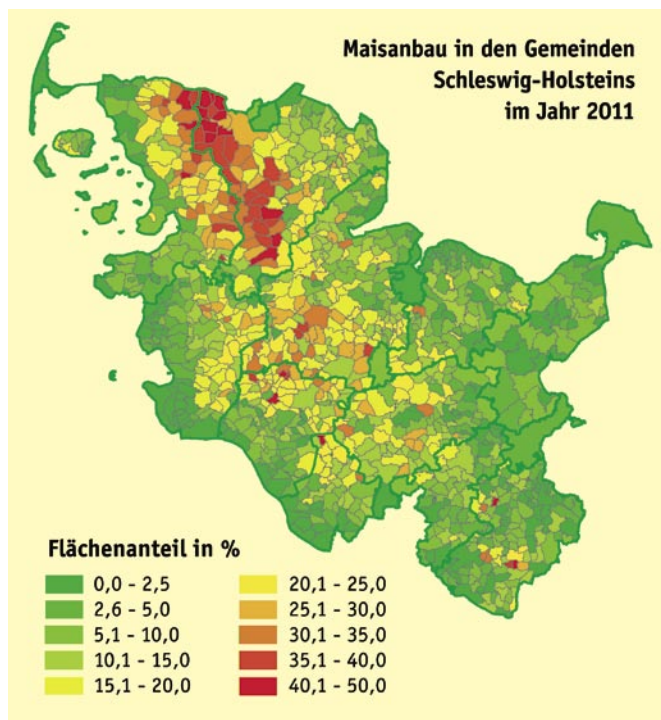


# Biomasseförderung und Agrarsubventionen Jetzt umsteuern – für saubere Gewässer

## Biomasseförderung leistet aktiven Beitrag zum Artensterben

Die fehlende Einbeziehung der Wasserrahmenrichtlinie in die Bestimmungen zum Greening der landwirtschaftlichen Direktzahlungen verhindert wesentliche Fortschritte bei der Verbesserung der Gewässerqualität im Bewirtschaftungszeitraum ab 2015. Dafür stehen im EU-Haushalt jährlich etwa 40,5 Milliarden Euro bereit (Basis 2012).

Dieser Tatbestand wird in Deutschland durch die Biomasseanbauförderung allerdings noch weit in den Schatten gestellt. Hier werden die in der Vergangenheit durch den Einsatz von milliarden schweren Investitionen in den Kläranlagenbau erreichten Fortschritte in der Gewässerqualität vor allem hinsichtlich der Nährstoffbelastung durch die von allen Bürgern zu zahlende EEG-Umlage aktiv zunichte gemacht.



© Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, Abteilung 4 Gewässer

Der sprunghafte Anstieg der Maismonokulturen für den Biomasseanbau erreicht regional dramatische Ausmaße. In einigen Gebieten der Geest in Schleswig-Holstein wird inzwischen auf über 50% der Gemeindefläche (!) Mais angebaut. Der künstliche Maisboom verstärkt selbst im norddeutschen Tiefland die Bodendegradation und Erosion derart, dass ein deutlicher Verlust fruchtbaren Ackerbodens eintritt, der als vermehrter Eintrag von Sand, Dünger und Pestiziden in den Gräben und Gewässern erhebliche Schädigung entfaltet.

- Biomasseförderung
- Wasserentnahmeentgelt im Bundesvergleich
- Agrar-Reform muss Gewässer besser schützen
- Meldungen
- Kontakt/Impressum

Der Silomaisanbau macht auch vor Schutzgebieten nicht halt. Auf einigen Flächen des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin wurde seit 2007 bereits im fünften Jahr in Folge Mais angebaut. Die massive Ausweitung des Anbaus von Energiepflanzen leistet einen direkten Beitrag zum Artensterben (vgl. Natur- und Landschaftspflege in Brandenburg, Heft 4/2011 mit den Empfehlungen des Naturschutzbereichs). Darüber hinaus werden Gewässerrandstreifen z.T. illegal umgepflügt und schattenspendende Gehölzsäume am Ufer abgeholzt, ohne dass die Behörden korrigierend eingreifen würden.

Die Biomasseförderung verschärft den Grünlandumbruch und führt beim Entsorgen der Gärreste zum zusätzlichen Einsatz schwer kalkulierbarer Mengen von Wirtschaftsdünger. Die Bioreaktoren werden darüber hinaus teilweise mit importierter Biomasse betrieben, deren Gärreste nicht wieder reexportiert werden.

Der erhebliche Zuwachs beim Silomaisanbau führt in einigen Gebieten zu erheblichen Belastungen von Grundwasser, kleineren Fließgewässern und Seen, der Küsten- und sogar der Meeresgewässer und konkretisiert die bisherigen Erfolge der Anstrengungen der Bundesländer

Der Einsatz fossiler Energie für die Bodenbearbeitung, Mineraldünger und den Transport der Biomasse resultiert in einem Input-Output-Verhältnis von 2,7. Das bedeutet, dass die fossilen Inputs der Energieerzeugung aus Silomais 37% betragen, bei Annahme einer idealen Verwendung von Mineraldünger (Zahlen für Schleswig-Holstein, Claus et al. 2011). Die unter Mais besonders gravierende Humuszehrung und Methanemissionen führen zum Ausstoß erheblicher Mengen klimarelevanter Gase. Die negative Klimawirkung des Maisanbaus nimmt schließlich absurde Ausmaße an, wenn der Anbau auf ehemaligen Moor- und Feuchtgebietsstandorten stattfindet; es wäre sogar deutlich weniger klimaschädlich, den Torf direkt zu verbrennen.

### Emissionsfaktoren Bioenergie vom Moor

konventionell angebaute Mais für Biogas .....	880 t CO <sub>2</sub> /TJ
Torf .....	106 t CO <sub>2</sub> /TJ
zum Vergleich: Heizöl .....	75 t CO <sub>2</sub> /TJ
Paludikultur Schilf .....	-136 t CO <sub>2</sub> /TJ
Paludikultur Schwarzerle .....	-167 t CO <sub>2</sub> /TJ

A. Schäfer, DUENE e.V. / Universität Greifswald

# Biomasseförderung und Agrarsubventionen

zur Verminderung des Nährstoffaustrags aus landwirtschaftlich genutzten Flächen: Mit ihren Agrarumweltmaßnahmen können sie die Umweltschäden des Biomasseanbaus nicht kompensieren. Die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie zur Reduzierung der Stoffeinträge für Grundwasser, Oberflächengewässer und Küstengewässer werden insgesamt nicht eingehalten. Stattdessen vergrößert sich das Nährstoffproblem sogar.

Die herbeigeförderte Flächenkonkurrenz lässt die Bodenpreise steigen und macht es zunehmend unmöglich, zur Entwicklung naturnaher Fließgewässer notwendige Flächen in Niederungen und Talauen zu sichern.

Die Förderung konkurriert mit der Nahrungsmittelproduktion und hat hinsichtlich der Erzeugung erneuerbarer Energien nur bescheidene Effekte: Im Produkt „Ökostrom aus Biogas“ stecken nur rund zwei Drittel erneuerbare Energie und ein Drittel fossile Energie.

Immissions- und Sicherheitsstandards sind zudem offenbar haarsträubend niedrig angesetzt bzw. werden unzureichend überprüft, wie üble Fälle von auslaufenden Gärreaktoren in Niedersachsen drastisch zeigen. Die Betriebsunfälle zerstörten die Fischbestände in einigen der ehemals artenreichsten Bäche des Bundeslandes und machten somit jahrzehntelange ehrenamtliche Bemühungen von Anglern, Gewässerwarten und Naturschützern mit einem Schlag zunichte.

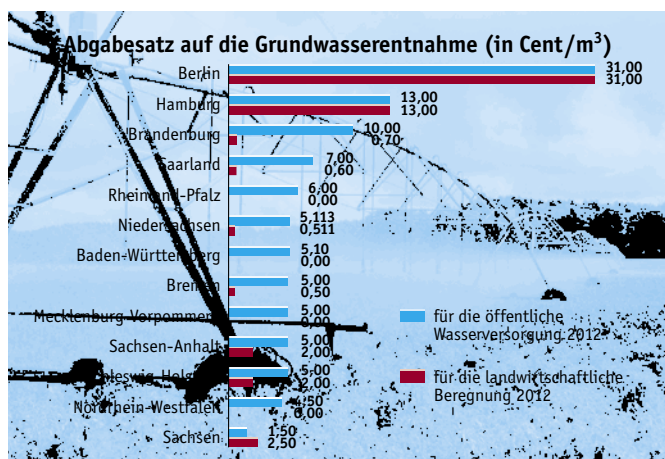
**Fazit: Die derzeitige Förderung des Biomasseanbaus zerstört öffentliche Güter. Sie trägt zum Artensterben und zur Verschlechterung der Gewässergüte bei, schadet der Qualität der landwirtschaftlichen Flächen und hat zudem auch gravierende agrarsoziale Auswirkungen durch steigende Land- und Pachtpreise und die Umstellung von Betriebsstrukturen. Sie leistet obendrein einen negativen Beitrag zum Klimaschutz und verhindert durch ihre exorbitante Förderung die Etablierung sinnvoller Alternativen. Daher ist dringend eine deutliche Reduzierung der Fördersätze für die Biomasseproduktion unter das Niveau von Agrarumweltmaßnahmen anzunehmen.**

*Die Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA ging auf dem Seminar „Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) – Wo bleibt der Gewässerschutz?“ am 9. Mai 2012 in Hamburg der Verankerung des Gewässerschutzes in der Agrarpolitik und der Biomasseförderung nach. Es handelte sich um einen Satellite Event der GREEN WEEK, welche die EU-Kommission vom 22. bis 25. Mai 2012 in Brüssel veranstaltete. Die Schlussfolgerungen des Seminars wurden als ‚Key Messages‘ unter dem Titel „What Does the Common Agricultural Policy Deliver to Safeguard Europe’s Waters?“ aufbereitet.*

*Die Vorträge und die Key Messages finden Sie auf: [www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de) > Unsere Angebote > Seminare.*

*Michael Bender*

## Wasserentnahmeentgelt in Rheinland-Pfalz und im Bundesvergleich



Übersicht erstellt von Alexandra Gaulke

Mit dem Beschluss vom 27. April 2012 ist Rheinland-Pfalz bereits das 13. Bundesland, das ein Entgelt auf die Wasserentnahme erheben wird. Die Begründung zum Gesetz verweist ausdrücklich auf die ökologische Lenkungswirkung, Anreize zu einer schonenden und effizienten Nutzung der Wasserressourcen zu schaffen sowie auf die Erfüllung von Artikel 9 WRRL *zur Kostendeckung von Wasserdienstleistungen*, inklusive der Umwelt- und Ressourcenkosten. Das Entgelt beträgt 6 Cent pro Kubikmeter bei Entnahme aus dem Grundwasser und liegt damit auf **Platz 5** in der bundesdeutschen Rangliste; bei oberirdischen Gewässern sind es 2,4 Cent. Das Gesetz tritt allerdings erst am 1. Januar 2013 in Kraft und nicht, wie ursprünglich geplant, rückwirkend zum 1. Januar 2012.

Für die Durchlaufkühlung bei Kühlwasser sowie bei der Gewinnung von Bodenschätzen gelten *stark reduzierte Sätze*: 0,9 Cent fallen an, wenn das Wasser unmittelbar einem Gewässer zugeführt wird, bei Betrieben mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlage nur 0,5 Cent. Die Landesregierung erwartet jährliche Einnahmen in Höhe von 20 Millionen Euro, die der Umsetzung der WRRL dienen sollen (geschätzte Gesamtkosten bis 2015: ca. 420 Millionen Euro). Die Gelder aus dem Wasserentnahmeentgelt sollen zweckgebunden ausschließlich dem Schutz der Gewässer in Rheinland Pfalz dienen, z.B. für Maßnahmen in Grünlandbereichen und Flusssauen der **AKTION BLAU Plus**.

Die landwirtschaftliche Beregnung ist, wie in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen, vollständig von einer Abgabe befreit; in Rheinland-Pfalz aus „verwaltungs-ökonomischen“ Gründen (!). Damit folgt das Land dem bundesweiten Trend der *Agrar-Subventionierung*. Außer in Sachsen zahlt die Landwirtschaft in keinem Flächenland den vollen Entgeltsatz für die Entnahme von Beregnungswasser. Gar kein Wasserentnahmeentgelt erheben nur die Bundesländer Bayern, Hessen und Thüringen.

Die erstaunlich lebhaft entwickelte Entwicklung der letzten Jahre (Neueinführung im Saarland und in Sachsen-Anhalt, Einbeziehung des Braunkohlebergbaus in NRW, vgl. WRRL-Infos 19, 20, 22) ist zu begrüßen, es bleibt aber noch viel Raum für Verbesserungen dieses wichtigen Anreizinstruments. Europaweit haben die sinnvoll ausgestalteten deutschen Wasserentnahmeentgelt-Regelungen grundsätzlichen Vorbildcharakter.

*Alexandra Gaulke*







## Meldungen

### 55 Big Jumps für mehr Gewässerschutz

Am 17. Juni 2012 sprangen über 50 Jugendgruppen in ihre Flüsse und Seen, um mit Spaß gegen die unzureichende Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu protestieren. Angestoßen wurde die Aktion im Rahmen der Bildungskampagne „Big Jump Challenge 2012“, einem Praxisprojekt der Forschungsgruppe GETIDOS zusammen mit der Deutschen Umwelthilfe, der GRÜNEN LIGA, dem Global Nature Fund, betterplace lab sowie Viva con Agua.

Die drei besten Big-Jump-Teams, gekürt von einer Jury unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Gesine Schwan, werden im Herbst zum Finale an die Spree geladen. Dort werden die Ergebnisse der „Big Jump Challenge 2012“ mit Vertretern von Politik und Behörden in einem Flussparlament diskutiert.

Mehr unter: [www.bigjump2012.net](http://www.bigjump2012.net)



### Handbuch zu den ökonomischen Anforderungen der europäischen Gewässerpolitik – Implikationen und Erfahrungen aus Theorie und Praxis

Die EG-WRRL ist die erste europäische Richtlinie, bei deren Umsetzung explizit ökonomische Prinzipien, Instrumente sowie Methoden zu berücksichtigen bzw. anzuwenden sind. Die darin begründeten Chancen werden jedoch noch nicht umfassend erkannt und genutzt.

Der Sammelband enthält Beiträge von Vertretern zuständiger Behörden, wasserwirtschaftlicher Praxis, nichtstaatlichen Organisationen und nicht zuletzt der Wissenschaft. Grundsätzliche ökonomische Kategorien wie Ökosystemdienstleistungen, Zahlungsbereitschaftsstudien, Kosteneffizienz, Maßnahmen-, Umwelt- und Ressourcenkosten und Kosten-Nutzen-Analyse werden ausführlich dargestellt, aber auch Umsetzungs- und Priorisierungsansätze in eigenen Beiträgen erörtert.

Falk R. Lauterbach, Jörg Cortekar, Ann Kathrin Buchs und Rainer Marggraf (Hg.): *Handbuch zu den ökonomischen Anforderungen der europäischen Gewässerpolitik*. stuttgart 2012. 45,90 EUR.

Bestellbar per Fax 0511 - 26 222 01 oder Telefon 0511 - 26 222 00 oder online unter [www.ibidem-verlag.de](http://www.ibidem-verlag.de)



### Auen- und Hochwasserschutz – Wasserkraftnutzung. Beispiele für eine ökologisch vorbildliche Praxis

Der Band versammelt eine große Bandbreite verschiedener Maßnahmen zum Auen- und ökologischem Hochwasserschutz und stellt diese anhand von Projektsteckbriefen vor. Vorbildfunktion, aber auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Maßnahmen werden trotz der kompakten Form ausführlich dargestellt und können so für eigene Projekte hilfreich sein. Die Sammlung

37 überregional bedeutsamer Maßnahmen aus Deutschland, Dänemark, Österreich, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz zeigt: Auch kleine Projekte entfalten eine große Wirkung in Hinblick auf eine naturnahe Entwicklung.

Besonders „schön“, weil natürlich, sind die Projekte in Frankreich an Allier und Loire, bemerkenswert die Maßnahmen in Deutschland in der Unteren Havelniederung und an der Elbe bei der Burg Lenzen und im Lödderitzer Forst.

Aus der Reihe „Naturschutz und Biologische Vielfalt“, Heft 112 des BfN, 321 Seiten. Bonn-Bad Godesberg 2011. 24,- EUR.

Die Steckbriefe sind in gekürzter Form online verfügbar auf: [www.bfn.de/0324\\_veroeffentlichung\\_download.html](http://www.bfn.de/0324_veroeffentlichung_download.html)

### Blueprint to Safeguard Europe's Water Resources

Der Blueprint to Safeguard Europe's Water Resources der Europäischen Kommission soll eine strategische Richtschnur für den europäischen Gewässerschutz der kommenden Jahre liefern. Die Kommission hat – wie auch schon beim vorgelagerten Fitness-Check der Wassergesetzgebung der EU – ihre Analysen und Vorschläge in einem offenen Beteiligungsverfahren zur Diskussion gestellt, u.a. auf der GREEN WEEK 2012 und der 3. Europäischen Wasserkonferenz in Brüssel. Die dreimonatige Online-Konsultation zu den „Policy Options“ endete am 8. Juni 2012. Der Blueprint soll im November 2012 unter zypriotischer Ratspräsidentschaft verabschiedet werden.

Die unter Beteiligung der GRÜNEN LIGA erarbeitete gemeinsame Position der Umweltverbände im Europäischen Umweltbüro (EEB) ist auf [www.wrll-info.de](http://www.wrll-info.de) abrufbar.



**GRÜNE LIGA e.V.**  
**Bundeskontaktstelle Wasser**  
 Greifswalder Str. 4  
 D-10405 Berlin  
 Michael Bender

**Tel.:** +49 (0)30 - 40 39 35 - 30  
**Fax:** +49 (0)30 - 204 47 68  
**E-Mail:** [wasser@grueneliga.de](mailto:wasser@grueneliga.de)  
**Internet:** [www.wrll-info.de](http://www.wrll-info.de)

**Redaktion:** Michael Bender,  
 Tobias Schäfer, Katrin Kusche,  
 Alexandra Gaulke  
**Layout:** Jan Birk  
**Bildnachweis:** Dieter Tornow (S. 1–3),  
 Anna Lässer/GETIDOS (S. 4)

23. Ausgabe, Juli 2012

Auflage: 3.000 Stück

Das Projekt „WRRL-Umsetzung und Politikintegration“ wird finanziell vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.



Bundesministerium  
 für Umwelt, Naturschutz  
 und Reaktorsicherheit

**Umwelt  
 Bundes  
 Amt**  
 Für Mensch und Umwelt